

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 86/7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. Polizeilicenz Nr. 4089 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66.

Dienstag, den 19. März 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Freiheit!

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
Sie wird von außen nicht erstrebt,
Wenn nicht zuerst sie selbst tiefinnen
Im eigenen Busen Dich belebt.
Willst Du den Kampf, den großen, wagen,
So setz' zuerst Dich selber ein:
Wer fremde Fesseln will zerbrechen,
Darf nicht sein eigener Sklave sein.

Nur reinen Herzen, reinen Händen
Gebührt der Dienst im Heiligthum,
Der Freiheit Werk rein zu vollenden,
Dies, deutsches Volk, dies sei Dein Ruhm.
Die Klige winkt, die Schmeichler locken,
Mit seiner Kette spielt der Knecht:
Du aber wandle unerschrocken,
Und Deine Waffe sei — das Recht.

H. C. Pruy.

Zum Märzfest des Proletariats.

In den Monat März fallen eine Reihe von Gedentagen des Proletariats. Am 6. März 1877 schloß Johann Jacoby die Augen, am 7. März 1878 August Heinsch, dessen Begräbniß bekanntlich zu einer Demonstration der Berliner Arbeiter wurde, am 14. März 1883 starb unser Karl Marx, am 13. März 1848 erhob sich Wien und stürzte das Regiment Metternich, am 18. März 1848 kämpfte Berlin auf den Barricaden, am 18. März 1871 begann in Paris die Bewegung für die Kommune, am 28. März 1871 ward die Kommune offiziell proklamiert, am 29. März endlich haben wir wieder einen Trauertag, den Tobestag Max Kayser's. Man sieht, es ist ein ziemlich „rother“ Monat. Und in der That nimmt er diese Stellung ja auch in dem ewigen Wechsel der Natur ein, er ist der Kampfmonat, der den Kampf bringt zwischen Winter und Sommer, da es der Sonne allmählig gelingt, siegend die Herrschaft zu gewinnen und den jugendlichen Vorboten des Sommers, den Frühling zu senden. Der März ist ein revolutionärer Geselle, und wenn unsere „Umstürzler“ recht konsequent sein wollen, so müssen sie den ganzen März aus dem Kalender streichen, um das Volk direkt aus dem Februar in den April zu schicken.

Am Montag haben wir den 18. März. Dieser Tag ist es, den wir aus den Gedentagen herausgreifen wollen.

18. März 1848 — 18. März 1871!

Das moderne Bürgerthum ist ein politischer Renegat. Es hat völlig seine Geschichte vergessen und bemüht sich kampfhaft seine Vergangenheit abzuleugnen. Im Laufe seiner Entwicklung ist es zu Ansehen und Reichthum gelangt. Es ist kapitalistisch geworden und der Kapitalismus hat nur noch für ein Gefühl Raum in der Brust des Bürgers: gelassen: die gierige Sucht nach Erwerb. Ueber das Jahr 1848 wird in bürgerlichen Blättern am meisten gespottet, gehöhnt, verleumdet und gelogen, und kein guter polizeifrommer Bürger mag heute etwas wissen von dem „tolken Jahr.“

Und doch spielt dieses Jahr in der politischen Entwicklung eine so große Rolle.

Im Anfange unseres Jahrhunderts war das Bürgerthum noch politisch rechtlos. Es hatte nichts hineinreden in die politischen Maßnahmen, bei denen das Junkerthum die treibende Feder war. Da kam die französische Julirevolution von 1830 und sie wirkte noch mächtiger auf das deutsche Volk, wie die große weltgeschichtliche Umwälzung von 1789. Das Bürgerthum begann sich um Politik zu kümmern, es wurde politisch regsam, die Massen kamen in Bewegung, und in den 30er und 40er Jahren sehen wir die Ereignisse in Deutschland sich schon unaufhaltsam vorbereiten. Es war freilich eine planlose Bewegung, ohne Klarheit, ohne bestimmte Wünsche — aber die Gährung war vorhanden, und als nun am 24. Februar 1848 von Paris aus der

gewaltige Anstoß kam, wurde auch in Deutschland die Ordnung der Dinge bis in ihre Grundfesten erschüttert.

Nach dreitägigem Kampfe hatte das Volk von Paris den Sieg davon getragen über den „Bürgerkönig“ Louis Philippe, den es zum Teufel jagte und seinen Thron öffentlich, vor der Julisäule in Paris, verbrannte.

Dieses Ereigniß wirkte nach in Deutschland und Oesterreich, wo die von den Reaktionen so heiß zurückgeschickte „Ruhe des Kirchhofs“ das politische Leben beherrschte. Das Volk jubelte den französischen Siegern zu und es richtete seinen Haß in Deutschland gegen den Bundestag, diese Mißgeburt des Wiener Kongresses. Und wieder kam ein Anstoß.

Am 13. März hatte das Volk von Wien sich erhoben gegen Metternich, der seit vierzig Jahren das Volk niederhielt. Das Volk war siegreich — Metternich räumte das Feld und floh nach London.

Die Wiener Erhebung wirkte nach auf Berlin, sie schlichtete die Reaktion ein und ermunterte das Volk zur energischen Vertretung seiner Forderungen. Und der König schien dem Volke entgegen kommen zu wollen. Am 18. März erschien das königliche Patent zur Einberufung des vereinigten Landtages. Der Jubel war groß. Tausende zogen vor das Schloß, um dem Könige zu danken, als plötzlich Militär vorrückte und auf das Volk schießte.

Dieses „Mißverständnis“, wie es die künftige Geschichtsschreibung nennt, war das Signal zu dem ersten Kampfe zwischen Volk und Militär in der Nacht des 18. März — jener gewaltigen, denkwürdigen Straßenschlacht, die damit endete, daß das Volk siegte, das Militär abziehen mußte. Am 19. März trug das Volk seine Todten vor das Schloß — ein großartiger Moment, welcher Freiligrath zu seinem Gedichte „Die Todten an die Lebenden“ begeisterte.

Das Volk hatte gesiegt, aber es war nicht im Stande, den Sieg festzuhalten; die Früchte des Sieges entglitten seinen Händen und schon am 9. November 1848 konnte Wrangel die Berliner Nationalversammlung wieder auseinander jagen.

Es folgt eine lange Stille. Aber während derselben bereitet sich das Proletariat vor und 1871 sehen wir wieder einen rothen 18. März. Das Proletariat von Paris hat sich erhoben, es hat sich losgelöst von der französischen Bourgeoisie, es verweigert die Herausgabe der Kanonen und entwarfnet die Soldaten, welche gekommen sind, sie zu holen.

Wenige Tage später wird in Paris die Kommune ausgerufen.

Sie hatte vom ersten Tage ihrer Existenz an zu kämpfen, denn den französischen Philister peinigte eine noch größere Angst vor dem rothen Gespenst wie den deutschen. Die französische Bourgeoisie — geschwächt durch den deutsch-französischen Krieg — wurde bald wieder stark genug, um die Kommune in einem Meer von Blut zu ertränken. In der „blutigen Wainwoche“ des Jahres 1871 zog durch die Seine, wie Augenzeugen versichern, ein rother Streifen, das Blut der Hingeschlachteten in den Gassen von Paris.

Was damals nur unklar in den Köpfen der Arbeitermänner gedacht wurde — es nahm allmählich greifbare Formen an, es gewann Anhänger. Der Gedanke, welche die Arbeiterklasse trug, der Gedanke des Sozialismus, umspannte bald den ganzen Erdenrund, und wenn am 18. März die Arbeiterklasse ihre Todten ehrt — denn es waren Arbeiter, die am 18. März fielen — so kann sie zugleich mit Stolz in die Zukunft schauen. Der Sozialismus ist unbesiegt geworden, und im harten Ringen mit den bürgerlichen Gegnern haben seine Verkünder gelernt. Sie haben gelernt, daß durch die Gewalt nur in den seltensten Fällen etwas erreicht wurde. Die Gewalt war in der Geschichte weit häufiger ein reaktionärer als ein revolutionärer Faktor. Heute hat die sozialistische Arbeiterklasse den Weg der ruhigen Entwicklung beschritten, den sie inne halten wird und der sie zum Ziele führt. Die Frage unseres Sieges hängt eng zusammen mit der wirtschaftlichen Entwicklung, diese arbeitet für uns, sie arbeitet uns in die Hände, und daher können wir trotz Umsturzes und trotz allem Geschrei der Gegner getrost weiter arbeiten an der Gewinnung der Massen. Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie!

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, 15. März 1895.
61. Sitzung.
(Schluß.)

Bei dem Titel „Hülfeleistungen im Beamten- und Unterbeamtendienst bei den Oberpostdirektionen“ rügt Singer (SD.): Die Einstellung von Soldaten und Unteroffizieren in einer Zeit, in der eine große Schaar von Arbeitslosen vergeblich nach Beschäftigung suche. Durch den Nachweis würden der Postverwaltung sicher geeignete, befähigte und zuverlässige Personen zugewiesen werden können.

Direktor im Reichspostamt Fischer erwidert, es würden schon heute keineswegs lauter Soldaten genommen, sondern etwa zur Hälfte auch Arbeiter aus dem Zivilstande. Ob in dieser Weise weiter gegangen werden könne, hänge jedoch von den Verhältnissen ab. Die Postverwaltung werde es aber in Erwägung nehmen.

Graf Limburg-Stirum (R.) kann es der Postverwaltung nicht verdenken, wenn sie vorzugsweise Soldaten verwende. Sie müsse eben zuverlässige Leute haben.

Beim Titel „Posthülfsstellen etc.“ bringt

Yebel (SD.) Beschwerden vor über die zu ausgebeutete Dienzeit der Posthülfsboten. Sie müßten in Hannover z. B. von 6 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends für 2,80 Mark Dienst thun. Außerdem würden sie bei Postämtern dritter Klasse nicht fest angestellt.

Direktor im Reichspostamt Fischer bezeichnet Letzteres als irrtümlich, Ersteres als unwahrscheinlich und den allgemeinen Anweisungen durchaus widersprechend.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Anschaffung von Telegraphen-Apparaten etc.“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Nicker Direktor im Reichspostamt Schöffler: Ueber den Anschluß von Königberg i. Pr. an die Telephonlinie nach Berlin schweben Verhandlungen mit den dortigen städtischen Behörden, die ein günstiges Ergebnis erhoffen lassen.

Nicker will den Eindruck aus den bisherigen Verhandlungen gewonnen haben, als ob der Staat sich den Bestimmungen des Telegraphengesetzes entziehen wolle.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erklärt letztere Annahme für durchaus irrtümlich.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zuschuß zu Kleiderkäffen etc.“ wünscht

Müller-Sagan (FVp.) für die Briefträger auf dem Lande eine Erleichterung der Bekleidung im Sommer, im Winter dagegen eine solche, die besseren Schutz gegen die Kauhheiten des Klimas biete.

Prinz Schönaich-Carolath (M.) unterstützt diese Anregung.

Werner (Reformp.) hält es für durchaus ausführbar, daß den Briefträgern allgemein im Sommer eine leichtere Kleidung gewährt werde.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Titel „Vergütung an auswärtige Postbehörden“ etc. beantragt

Dr. Hahn (R.): Den Reichskanzler zu ersuchen, Erhebungen zu veranstalten 1) über die Art und Dauer des Dienstes und der Arbeit der Schiffsoffiziere und Schiffsmannschaften auf den Reichspostdampfern während des Ladens und Abladens in den Abfahrts-, Anlauf- und Ankunftsplätzen; 2) darüber, zu welchem Theile die Besatzung der Reichspostdampfer aus wirklichen Seeleuten bestehe.

Vizepräsident Freiherr v. Duol macht den Antragsteller darauf aufmerksam, daß der Antrag nicht zum Postetat, sondern zu dem des Reichsamts des Innern gehöre. Er wolle ihm aber eine kurze Begründung, wenn Redner sich auf das Verkehrsinteresse beschränke, gern gestatten.

Dr. Hahn bemerkt, er habe Mittheilungen erhalten, wonach nur ein kleiner Theil der Mannschaft der Postdampfer aus wirklichen Seeleuten bestehe. Das könne bei Seegefahr leicht verhängnisvolle Folgen haben, zumal außerdem die Mannschaft vielfach überanstrengt werden solle. Er bitte, seinen Antrag anzunehmen.

Frese (FVg.) kann dem Vorredner mittheilen, daß eine Ueberanstrengung der Mannschaft nicht stattfindet. Auf je vier Stunden Dienst folge eine ebenso lange Ruhepause für Offiziere und Mannschaften. Auch in dem anderen Punkt sei Abg. Hahn ungenügend informiert, die große Mehrzahl der Mannschaften bestehe aus wirklichen Seeleuten. Dr. Hahn habe also keinen Anlaß zu einem solchen versteckten Angriff auf den Norddeutschen Lloyd gehabt, er hätte sich leicht genauer informieren können.

Dr. Hahn bestreitet, daß letzteres seine Absicht sei. Die seinem Antrage zu Grunde liegenden Voraussetzungen fänden vielfach Glauben. Deshalb wünsche er eine Enquete über die Verhältnisse.

Der Antrag Hahn wird abgelehnt, der Titel bewilligt. Ebenso der Rest des Ordinariums.

Die Position desselben, betreffend den Neubau eines Dienstgebäudes in Döbeln beantragt

Schmidt-Warburg (Z.) an die Kommission zurückzuweisen, um zu prüfen, ob der Bau nicht einfacher herzustellen sei. Für einen Ort wie Döbeln scheine ihm derselbe zu luxuriös und zu theuer.

Graf Limburg-Stirum (R.) tritt diesem Antrage bei, da er auch der Meinung sei, die Postbauten würden zu luxuriös ausgeführt.

Lingens (Z.) weist demgegenüber darauf hin, daß die Pläne eines jeden Baues von der Budgetkommission genau geprüft würden. Das sei auch bei diesem Bau geschehen.

Direktor im Reichspostamt Fischer bestätigt letzteres und

weist darauf hin, daß Döbeln eine bedeutende Fabrikstadt mit stets wachsender Bevölkerung sei.

Merbach (M.B.) bittet um Bewilligung der Forderung, da der Neubau eines neuen Postgebäudes für Döbeln eine absolute Nothwendigkeit sei. Zu großer Luxus werde bei diesem Bau nicht getrieben. Der Antrag Schmidt-Warburg scheint ihm sehr sonderbar. Sollte man etwa das Wort auf ihn anwenden: „Es brüllt der See und will sein Opfer haben?“ Warum streiche man denn nicht ein preussisches, sondern ein sächsisches? (Große Heiterkeit.)

Dr. Wache (Z.) entgegnet dem Vorredner, es handle sich um eine nützlichere Finanzfrage. Das Reich könne nicht in allen Orten mit 15 000 Einwohnern Postgebäude für 200 000 Mark bauen. Die Post hätte alle Ursache, zu sparen, und nicht solche Luxusgebäude aufzuführen zu lassen, wie hier in Berlin an der Ecke der Mauerstraße. Dort werde neben dem schönen und einfachen Reichspostamt ein Neubau im Barockstil aufgeführt, der ungeheures Geld koste. Er schliesse sich dem Antrag des Abg. Schmidt-Warburg an.

Dr. Lieber (Z.) schließt den Ausführungen des Abg. Vogens durchaus an und bittet, dem Antrag Schmidt nicht Folge zu geben.

Der Antrag Schmidt-Warburg wird abgelehnt, der Titel wird bewilligt.

Darauf wird die Weiterberathung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. (Außer dem Etat des Auswärtigen Amtes, Kolonialetat.)

Schluß 6 Uhr.

Berlin, 16. März.

62. Sitzung.

Präsident v. Levekov eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Frhr. v. Marschall, Graf Posadowsky, Dr. von Stephan.

Die zweite Berathung des Etats des Reichspostamts (Extraordinarium) wird fortgesetzt.

Die Forderung für den Neubau eines Dienstgebäudes in Forst (Sachsen) wird.

Schmidt-Warburg (Z.) zwar nicht an die Kommission zurückverwiesen sehen, da er einen solchen Antrag nach dem geltenden Vorgange für ausstichlos hält. Er bittet aber in Zukunft die Kommission, die Baupläne in ihren Einzelheiten recht genau zu prüfen und zu luxuriöse Ausstattung der Postbauten zu verhindern.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) fragt an, ob bei diesem Bau mehr Rücksicht auf die Interessen des Verkehrs genommen werden sei, als beispielsweise in Kottbus, wo sich bald nach der Fertigstellung die Unzulänglichkeit der Telegramm-Annahmestelle erweisen habe. Er sei nicht dagegen, daß man auch ästhetischen Interessen Rücksicht trage, aber die Verkehrsinteressen dürften nicht darunter leiden.

Dr. Lieber (Z.) erwidert dem Abg. Schmidt Warburg, die Budgetkommission habe die Pläne und Anschläge eines jeden Hauses stets genau geprüft. Gewissenhafter könne keine Kommission arbeiten.

Prinz Schönau-Carolath (M.) ist auch ein Gegner von Luxusbauten; um einen solchen aber handle es sich hier gar nicht. In Forst liege das dringende Bedürfnis nach einem neuen Postgebäude vor; nicht nur die Bevölkerung, sondern auch der Post- und Telegraphenverkehr habe dort erheblich zugenommen.

Schmidt-Warburg bemerkt, seine Bemängelung der Forderung habe sich auf das Protokoll der Kommission gestützt. Sei dasselbe mangelhaft geführt, so sei das nicht seine Schuld.

Dr. Hammacher (M.) bittet den Vorredner, in seiner Kritik über die Art, wie die Kommission ihre Protokolle führen lasse, doch etwas maßvoller zu sein.

Die Forderung wird darauf bewilligt.

Bei dem Neubau eines Dienstgebäudes in Glastrow fragt Graf Schlieffen-Schlieffenberg (R.) an, ob bei diesem Bau die lokalen Handwerker vor Allem berücksichtigt werden würden.

Staatssekretär Dr. v. Stephan jagt Vektres zu, da es den allgemeinen Grundgedanken der Reichspostverwaltung durchaus entspricht.

Die Forderung wird darauf bewilligt.

Die Forderung für den Neubau eines Dienstgebäudes in Magdeburg beantragt

Dr. Vogens (Z.) an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Frhr. v. Heereman (Z.) ist der Ansicht, der Bau lasse sich entschieden einfacher gestalten und könne doch schön wirken. Die Kosten würden sich dadurch wesentlich verringern. Es scheint ihm deshalb notwendig, daß die Kommission die Position einer nachmaligen eingehenden Prüfung unterziehe.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erklärt, er habe kein Bedenken dagegen, daß die Forderung einer erneuten Erörterung in der Kommission unterzogen werde. Er werde zu allen Umständen gern bereit sein.

Klees (SD.) erkennt das Bedürfnis zu einem Neubau durchaus an; hier solle aber denselben ein alterthümliches Gebäude, das einen hohen historischen Werth besitze, zum Opfer gebracht werden. Vielleicht lasse sich durch eine anderweite Ausnutzung des Bauplatzes doch noch die Erhaltung des alten Hauses ermöglichen. Anderenfalls ließen sich ohne große Mühe andere geeignete Bauplätze ausfindig machen.

Schmidt-Sachsen (SD.) spricht sich gegen die Zurückverweisung an die Kommission aus. Der Bau in Magdeburg sei so dringlich, daß er jede Verzögerung der Bewilligung sehr bedauern müsse.

Die Forderung wird darauf an die Kommission zurückverwiesen.

Die Forderung für ein neues Dienstgebäude in Schwiebus beantragt die Kommission zu streichen.

Schmidt-Warburg ist über diesen Beschluß der Kommission erfreut, da hier einmal die Gelegenheit wahrgenommen werde, einen zu luxuriösen Bau zu verhindern.

Die Forderung wird darauf abgelehnt.

Das Gleiche beantragt die Kommission bezüglich der Forderung zur Erweiterung eines Bauplatzes in Meh.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer bebauert, daß die Kommission die Forderung nicht bewilligt habe. Sie sei der Ansicht gewesen, der Platz sei zu theuer. Aber es werde kaum ein anderer zu finden sein, der billiger zu erwerben wäre.

Dr. Lieber (Z.) bittet, es bei dem wohlterwogenen Beschluß der Kommission zu belassen.

Die Forderung wird darauf abgelehnt, der Rest des Extraordinariums dem Antrage der Kommission gemäß debattellos bewilligt.

Bei den Einnahmen, Titel: Porto und Telegraphengebühren, beantragt die Kommission folgende Resolution:

Bei Aufstellung der Einnahmen die aus dem Fernsprechverkehr getrennt anzuführen.

Dr. Müller-Sagan (Zp.) beantragt nachstehende Resolution: den Reichskanzler zu ersuchen, jährlich bei Aufstellung des Etats in den Erläuterungen zu Titel 1 der Einnahmen des Reichspostamts nachzuweisen, wie sich in der vorhergehenden Zeit die Einnahmen 1) aus Porto, 2) aus Telegraphengebühren, 3) aus Telegraphengebühren gestellt haben.

Der Betrag der Einnahmen aus Post- und Telegraphengebühren wird zunächst, entsprechend dem Vorschlage der Kommission, debattellos von 257 170 000 Mk. auf 259 Millionen Mark erhöht.

Dr. Müller-Sagan bittet sodann um Annahme der von ihm beantragten Resolution. Es sei endlich einmal nöthig, daß

man einen genauen Ueberblick über die Entwicklung des Verkehrs bekomme.

Staatssekretär Dr. v. Stephan bittet, es bei der von der Kommission beantragten Resolution zu belassen. Aber er habe auch nichts gegen die Annahme der Resolution Müller, wenn er nicht genaue Zahlen verlange.

Die Resolution Müller wird darauf angenommen, die von der Kommission beantragte ist damit erledigt. Der Rest des Einnaheemets wird entsprechend den Anträgen der Kommission bewilligt.

Damit ist der Postetat erledigt.

Präsident v. Levekov theilt mit, daß ein von Mitgliedern verschiedener Parteien gestellter scheinbarer Antrag eingegangen sei, den Abgeordneten Spahn (Z.) zu ernennen, in Behinderungsfällen des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten den Vorschlag zu übernehmen.

Da Niemand dem Vorschlage des Präsidenten, diesen Antrag sofort zu erledigen, widerspricht, wird derselbe ohne Weiteres angenommen.

Spahn (Z.) erklärt sich zur Uebernahme der Vertretung des Präsidenten bereit.

Präsident v. Levekov: Meine Herren, ich danke Ihnen, daß Sie mir durch die sofortige Annahme dieses Antrages die Führung der Geschäfte wesentlich erleichtert haben.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.

Herbert (SD.): Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Menge von Beschwerden vorzubringen. Nebenbei möchte ich bemerken, daß der im Etat eingelegte Ueberanschlag von nahezu 1 1/2 Millionen Mark eigentlich nicht vorhanden ist, weil die Reichsdruckerei von den Reichsbehörden Presse erhält, die von Privatleuten nicht bezahlt werden würden. Würde die Reichsdruckerei ebenso billig arbeiten müssen, wie die Privatdruckereien, es würde vielleicht ein Defizit herauskommen. Der Ueberanschlag darf also nicht zu der Meinung verleiten, als sei in der Reichsdruckerei Alles zum Besten bestellt. In der Reichsdruckerei sind zu viel Aufseher angestellt; es kommt auf 5 bis 6 Seker je ein Aufseher, ob er Faktor, Oberfaktor oder Werkmeister genannt wird, besteht sich ganz gleich. In anderen Druckereien kommt auf 19 bis 20 Seker Einer, der nicht arbeitet, und die Aufsicht führt. Das kann aber den Arbeitern noch gleichgültig sein. Was ihnen aber nicht gleichgültig ist, das ist der Steuerengeld, der in die Reichsdruckerei eingezogen ist. Die Aufseher wollen sich auch nützlich erweisen und brängen die Arbeiter. Wer sich aber über die Behandlung beschwert, bekommt das wie dem Militär nachträglich zu fühlen. Die Arbeiter haben den dringenden Wunsch, daß einmal hier die Verhältnisse erörtert werden, weil sie dann auf Abhilfe rechnen können. Die Beschwerden richten sich nicht gegen den Direktor, der ein humaner Mann sein soll; er weiß aber nicht was vorgeht, weil die Arbeiter nicht an ihn heranzugehen wagen. Die Beschwerden richten sich gegen die unteren Organe. Besonders haben die Arbeiter unter dem Faktor Wagner zu leiden. Als Entschuldigend wird angeführt, daß der Mann so nervös ist, daß man es ihm nicht anrechnen kann. Die Arbeiter meinen, daß der Mann nicht aus Bosheit handelt, sondern aus krankhafter Ueberreizung. Ein solcher Mann darf aber nicht Vorgesetzter der Arbeiter sein. Die Ueberreiztheit geht so weit, daß dieser Mann sich schon das leise Lächeln eines Arbeiters verbeten hat. Das ist noch schlimmer als im Gefängniß. Wenn ich dann die Bedingungen ansehe, nach denen bei jeder Gelegenheit der Arbeiter auf's Straßengewalt geworfen werden kann, so wird es klar, daß sich die Arbeiter dies Alles gefallen lassen müssen. Vor drei Jahren wurde z. B. ein Seker ohne Kündigung entlassen, weil er zur Kesselfabrik eingezogen war und sich angeblich nicht vorschrittsmäßig abgemeldet hatte. Freilich konnte der Faktor den Mann schon lange nicht leiden. Als der Mann seiner Pflicht als Vaterlandsvortheiliger genügt hatte, war er arbeitslos. Das kommt in Privatbetrieben kaum vor. Eine noch viel auffälliger Kündigung ist vor einigen Wochen eingetreten. Ein Handpressen-drucker, der volle 20 Jahre in der Reichsdruckerei gearbeitet hatte, wurde wegen eines ganz geringfügigen Unfalldes entlassen. Der Mann widersprach, weil seine Arbeit getadelt wurde, einem Vorgesetzten, der vorher noch jüngerer Kollege von ihm war. Das wurde nach dem dort herrschenden militärischen Geist als Unbotmäßigkeit, Ungehörigkeit angesehen. Er wurde gefündigt, erst hinterher mag sich der Direktor überlegt haben, daß ein Mann der 20 Jahre lang in der Reichsdruckerei thätig war und gefündigt wird, so leicht keine andere Stellung bekommt und man legte ihm nahe, sich bei einer anderen Arbeitsstelle zu melden. Dort bewilligte man ihm aber statt 33 Mark, wie bisher, nur 24 Mark. Für dies Angebot dankte der Mann. Er hatte keine Neigung, als Strafen- oder Hofmeister in der Reichsdruckerei weiter zu arbeiten. Er gründete sich eine andere Existenz. Ich bin bereit, den Namen der beiden Männer zu nennen. Die Reichsdruckerei solle eine Musteranstalt sein. Aber gegen die Arbeitsbedingungen sind auch Beschwerden zu richten. Da heißt es in § 1 Ziffer 5, daß sich Jeder innerhalb und außerhalb ehrenhaft und achtbar zu führen hat. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf das Verhalten außerhalb des Betriebes ist eine Bevormundung, die ganz ungerichtet ist. Die Verwaltung scheint wirklich ihre Arbeiter als minderjährige zu betrachten. In § 4 wird das laute Sprechen in der Druckerei verboten. Das ist nicht einmal im Gefängniß untersagt; ich weiß nicht, ob es im Zuchthause verboten ist. Jede Unterhaltung darf also nur im Flüster-tone geschehen; dabei muß gerade in Druckereien der eine Arbeiter den anderen vielfach fragen. Dabei bezahlt die Reichsdruckerei ihre Arbeiter schlechter als private Druckereien. Die Norddeutsche Buchdruckerei z. B. zahlt besser. In der Reichsdruckerei bestehen viel härtere Bestimmungen über Schadenersatz für verbotene Arbeiten, als in irgend einer Privatdruckerei. Die Beschwerde-Ordnung ist ähnlich der militärischen. Die Arbeiter dürfen sich wohl beschweren, aber „nicht Mißmuth erregen“. Dem Demunziantenthum ist Thür und Thor geöffnet und wie leicht liegt dann solch ein „Mißmutherreger“ auf der Straße. Erst leztlich soll solch ein Fall vorgekommen sein. Die Behandlung der Arbeiter in der Reichsdruckerei kann nicht als Muster für andere Arbeitgeber gelten. Auch die Organisations-Zugehörigkeit der Buchdrucker bringt ihnen noch allerlei Nachtheile. Sie werden von einer Abtheilung in die andere versetzt und ihre Arbeit wechselt fortwährend. Dabei ist die Organisation gerade der Buchdrucker keine sozialdemokratische, sondern nur ein Unterfütterungsverein. Die Behandlung der Arbeiter in der Reichsdruckerei macht sie aber zu Sozialdemokraten. Die Reichsdruckerei ist, wie gesagt, keine Musteranstalt, im Gegentheil, sie könnte sich Privatdruckereien zum Muster nehmen, namentlich die Druckerei des „Vorwärts.“ (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichspostamt Fischer erklärt, er sei über die vom Vorredner vorgebrachten Beschwerden nicht genau informiert, müsse aber die Verwaltung der Reichsdruckerei, durch frühere Erfahrungen gewöhnt, entscheiden und nachdrücklich gegen die ihr gemachten Vorwürfe in Schutz nehmen. Die Arbeiter seien wohl durchweg zufrieden, Entlassungen fänden höchst selten statt. Die Arbeitsordnung sei nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß festgestellt worden.

Der Etat der Reichsdruckerei wird darauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Beim Titel „Staatssekretär“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Fasse (M.)

Staatssekretär Freiherr v. Marschall bezüglich des Vorgehens der Regierung von Venezuela gegen verschiedene fremd-

ländische Vertreter: es müsse den betroffenen Staaten überlassen bleiben, ihr Interesse wahrzunehmen. Die Annahme, daß die Abreise des deutschen Vertreters in Caracas mit jener Affaire im Zusammenhang stehe, sei irrig; die deutsche Regierung habe also keine Veranlassung, sich dem Vorgehen anderer Regierungen anzuschließen.

Der Titel wird darauf bewilligt; ebenso ohne Debatte der Rest des Kapitels.

Es folgt das Kapitel: Gesandtschaften, Konsulate und Schatzgebiete.

Beim Titel „Gesandtschaft in Athen“ fragt

Schmidt-Warburg an, welche Schritte die Regierung zum Schutze der deutschen Zuhörer griechischer Staatspapiere zu thun gedenke. Es herrsche unter denselben eine erklärliche große Erregung und Erbitterung, denn statt in eine Goldgrube seien sie in eine wahre Löwengrube gerathen, und die Regierung nehme sich ihrer nicht an.

Staatssekretär Freiherr v. Marschall erwidert, in erster Linie müsse es Sache der Interessenten selbst sein, ihre Rechte wahrzunehmen durch Bildung von Komitees u. s. w. Die Regierung könne ihnen nur denselben Schutz gewähren, wie den im Auslande lebenden Deutschen. Wir haben das auch in diesem Falle gethan, ja wir sind über den Kreis des sonst lieblichen hinausgegangen. Der deutsche Gesandte in Athen hat sofort Einspruch gegen das Gesetz erhoben, durch das der Zinsfuß für Ausländer herabgesetzt wurde. Trotzdem ist der Entwurf Gesetz geworden. Dagegen hat dann der Gesandte eine schriftliche Protestnote überreicht, in welcher erklärt wurde, das Gesetz könne für deutsche Gläubiger keine Rechtswirkung haben. Später wurden durch die Komitees die sich in den verschiedenen Ländern gebildet hatten, Vergleichs-verhandlungen eingeleitet, die aber gescheitert sind. Darauf wurde von unseren und auswärtigen Vertretern abermals eine Note überreicht, in welcher die griechische Regierung ersucht wurde, neue Verhandlungen anzuknüpfen. Diese Note wurde abgelehnt beantwortet, und nach dem Sturz des Kabinetts auch eine zweite, da sich das neue Ministerium einmüthig nur als Geschäftsministerium betrachtet. Damit glauben wir unsere Schuldigkeit gethan zu haben, denn das Griechenland im Moment die Zinsen nicht bezahlen kann, ist notorisch. Weitergehende Schritte würden also erfolglos bleiben. Das deutsche Publikum aber sollte endlich aus solchen Ereignissen eine Lehre ziehen und nicht sein Geld, um ein paar Prozent Zinsen mehr zu bekommen, in zweifelhaften ausländischen Papieren anlegen.

Schmidt-Warburg bemerkt: Leider würden die Leute durch den niedrigen Zinsfuß unserer Staatspapiere genöthigt, ihr Geld in ausländischen Papieren anzulegen.

Graf Limburg-Sturum (M.) führt zur Entschuldigung der Geschädigten an, daß Griechenland, seitdem es selbstständig geworden, von ganz Europa als Schoßkind behandelt worden sei. Griechenland könne sehr wohl zahlen, wenn es nur wolle. Der Wille sei aber leider ein sehr böser, wie bei allen orientalischen Staaten. Dazu gehöre aber, daß die Mächte gemeinsam energisch auftraten.

Graf Arnim-Muskan (M.) hält es für notwendig, daß die Emission ausländischer Papiere erschwert werde. Das sei mit ein Zweck der Vorsehensreformvorlage, die leider noch immerhin nicht an das Haus gelangt sei.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Zur veranschaulichen Zubereitung landwirtschaftlicher Sachverständigen an die größeren Missionen werden 75 000 Mark neu gefordert.

v. Salisch (M.) beantragt, an Stelle der Worte „landwirtschaftlicher Sachverständigen“ zu setzen „land- und forstwirtschaftlicher Sachverständigen.“

Die Kommission beantragt an Stelle des Wortes „Zutheilung“ das Wort „Entsendung“ zu setzen, um damit auszusprechen, daß die Sachverständigen nur periodisch den Missionen beigegeben werden sollen.

v. Salisch spricht sich gegen den Antrag der Kommission aus, da die periodische Entsendung wenig Nutzen bringen könne. Im Uebrigen bittet er um Annahme seines Antrages.

Graf Arnim-Muskan bittet, vor Allem nach den überseeischen Ländern derartige Sachverständigen zu entsenden.

Prinz Schönau-Carolath (M.) fragt an, ob schon Erfahrungen über von anderen Ländern angestellte Versuche in dieser Richtung vorlägen. Den Antrag v. Salisch sei er bereit, zu unterstützen.

Der Kommissionsantrag und der Antrag v. Salisch werden angenommen.

Beim Titel „Konsulat in Sansibar“ führt

Mollenbühr (SD.) Klage darüber, daß der Konsul in Sansibar einen Maschinen eines Dampfers zu einer Geldstrafe und zur Entlassung verurtheilt habe, weil er angeblich das Schiff ohne Erlaubniß des Kapitäns verlassen habe. Diese Entlassung habe einen Mann getroffen, der sich jahrelang musterhaft geführt habe; sie sei gegen die Seemannsordnung erfolgt und auch nur auf eine unkontrollirte falsche Anklage hin. Der Maschinen legte gegen das Urtheil des Konsuls Berufung beim Seegericht zu Hamburg ein und erzielte auch seine Freisprechung. In seinem Musterungsbuch aber steht noch immer das ominöse Wort „entlassen“ und dieser Vermerk untergräbt die Ehre. Der hochbelebete Konsul in Sansibar hätte allen Grund gehabt, bei seinem Urtheil vorsichtiger zu verfahren. (Beifall b. d. Soziald.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt, er sei nicht über den Fall informiert und gebe dem Vorredner anheim, eine Beschwerde an das Auswärtige Amt zu richten, die dann ihre vorschrittsmäßige Erledigung finden werde.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Im Extraordinarium wird die Diskussion über die auf die Schutzgebiete bezüglichen Titel ausgesetzt; da sie in Verbindung mit dem Kolonialetat gehalten werden soll. Die übrigen Forderungen des Extraordinariums werden debattellos bewilligt. — Ebenso die Einnahmen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag, 1 Uhr (Kolonial-Stat).

Schluß 6 Uhr.

Die Reichstagskommission zur Berathung des Tabaksteuergesetzes

trat Donnerstag Abend unter dem Vorsitze des Abg. Frihen (Z.) zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst wird beschlossen, vorerst den entscheidenden § 4 der Vorlage zu diskutieren und damit eine Generaldebatte zu verbinden. § 4 lautet: „Die im Zollgebiet hergestellten Tabakfabrikate unterliegen einer Steuer nach Maßgabe dieses Gesetzes. Dieselbe wird ohne Rücksicht darauf erhoben, ob zur Herstellung Surrogate und Hilfsstoffe verwendet worden sind oder nicht.“ Abg. v. Massow (M.) wünscht das Zustandekommen der Vorlage, weil in Konsequenz der Annahme der Militärvorlage unbedingt Deckung beschafft werden müsse. Allerdings müsse man mit einer bedeutenden Opposition der Interessenten rechnen; er jedoch könne nicht eine Biersteuer empfehlen, um die Tabaksteuer abzulehnen. Beachtenswert seien ihm namentlich Bedenken landwirtschaftlicher Kreise gegen die Vorlage. Von Vertretern hiesiger Gemeinden wurde ihm versichert, daß die Steuer verhältnisse der Gemeinden unter der Tabaksteuer leiden müßten, in Folge der durch dieselbe bedingten zahlreichen Arbeiterentlassungen. Redner fragt, ob die Regierung die Entschädigung dieser Arbeiter in Rücksicht gezogen habe?

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die verbündeten Regierungen bestreiten ganz entschieden, daß von Arbeiterentlassungen im behaupteten Umfange die Rede sein könne. Es würde in dieser Hinsicht fast übertrieben. Die verbündeten Regierungen seien bereit, die notwendigen Verbesserungen des Gesetzes mit zu berathen. Abg. Dr. Schulz-Lupitz (M.) hält die Vorlage vom landwirtschaftlichen und nationalökonomischen Standpunkte aus für notwendig. Unbedingt müsse für die brodlos werdenden Arbeiter gesorgt werden. Seine Partei sehe den Tabak für ein geeignetes

Steuerobjekt an, auch die Summe, welche die Regierung daraus veranschlagt, sei nicht zu hoch gegriffen.

Abg. **Mollenhuth** (S.) bekämpft die Vorlage prinzipiell, weil die Steuer doch immer wieder auf die Arbeiter abgewälzt werde. Die Fabrikanten würden sich für die Mehrbesteuerung durch Lohnabzüge schadlos halten. Dazu komme der von jeder Steuererhöhung bewirkte Rückgang des Konsums. Droblos gewordene Zigarrenarbeiter in anderen Betrieben zu beschäftigen, falle schon deswegen schwer, weil in der Zigarrenbranche sehr viele Krüppel und Schwächliche beschäftigt seien. Abg. **v. Hammerstein** (Dk.) findet diese Ausführungen besonders zutreffend auf die Verhältnisse in Westfalen.

Staatssekretär **Graf v. Posadowski**: Man müsse sich auf die höhere Warte der Bedürfnisse des Staats stellen und gewisse Schäden mit in den Kauf nehmen; solche werden nie zu vermeiden sein, was immer man unternehme. Es gebe kein anderes Mittel, den Bedürfnissen des Staats zu genügen. Die projektirte neue Steuer sei die Vorbedingung für das große Werk der Finanzreform. Die Regierung sei bestrebt, den Mittelstand auf allen Gebieten zu erhalten, und sei überzeugt, daß die projektirte Steuer demselben keinen Schaden verursache; die kleinen Betriebe werden sich heben, wofür Amerika mit seiner Fabriksteuer das Beispiel gebe.

Abg. **v. d. Gröben-Arenstein** (Dk.): Bei Verathung der Vorlage müsse in erster Linie die Finanzreform berücksichtigt werden. Die Behauptung der Rektionen, daß der Tabak keine höhere Besteuerung vertrage und daß namentlich die Tabakfabriksteuer zu verwerfen sei, wäre irrig. Ein Konsumrückgang sei nach seiner Meinung ebenso unwahrscheinlich, wie Arbeiterentlassungen in bedeutendem Umfange.

Abg. **Wassermann** (M.) ist nicht der Ansicht, daß die Finanzreform hier in den Vordergrund zu stellen sei. Er widerspricht auch den übrigen Ausführungen des Vorredners. Die Regierung habe früher ja selbst zugegeben, daß ein Konsumrückgang eintreten würde; die Folge davon aber würden notwendig Arbeiterentlassungen sein. Redner wendet sich sodann in längerem technischen Ausführungen gegen die vom Abg. **Schuly-Lupit** gemachten Vorschläge zur Hebung des Tabakbaues. Die Konsumenten können die Belastung mit 32 Millionen Mark nicht tragen. Der Reklamationen sei daher erklärlich, dem die Verunreinigung in der Bevölkerung sei groß. Der Versuch, die Tabakbauer für das Gesetz mobil zu machen, sei mißglückt. Er könne keinen Gesichtspunkt finden, aus welchem der Gesetzentwurf sich empfehle und bitte um dessen Ablehnung.

Regierungskommissar **v. Buchberger** widerspricht den Ausführungen des Vorredners. Was solle denn an Stelle der Tabaksteuer gesetzt werden? An die Biersteuer sei nicht zu denken; diese habe erst recht keine Aussicht auf Annahme im Reichstage. Die Stellung der bairischen Regierung zur Vorlage sei vornehmlich bestimmt worden durch Rücksichten auf die Tabakbauer, welche in trauriger Lage sich befinden und zwar hauptsächlich in Folge des Gewichtssteuer-Systems, wodurch der Preis verschoben würde. Wenn man von Arbeiterentlassungen spreche, so müge man doch bedenken, daß es ein wahres Übel für die Kinder sein würde, wenn sie nicht mehr in den Tabakfabriken beschäftigt würden. Die Vorlage habe allerdings theilweise einen agrarischen Charakter, in Rücksicht auf den Tabakbau. Redner wünscht, daß auf der von der Regierung vorgeschlagenen Grundlage eine Einigung erzielt werde.

Die weitere Verathung wurde hierauf auf Freitag Abend 8 Uhr vertagt.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der engere Ausschuss des Staatsraths hat zur Verathung und Prüfung des Antrags Kanitz eine Unterkommission eingesetzt. In dieselbe sind gewählt worden der frühere Staatssekretär im Reichsschatzamt **Freiherr v. Malchahn-Gültz**, der frühere Landwirtschaftsminister **v. Heyden-Cadow**, **Fhr. v. Huene** und **Graf Dönhoff-Friedrichstein**.

Die Tabaksteuerkommission hat die Fabriksteuer in ihrem grundlegenden Paragraphen mit 17 gegen 11 Stimmen am Freitag Abend abgelehnt. Damit dürfte das Schicksal dieser Steuerreform auch für die laufende Parlamentssession besiegelt sein, da das Plenum kaum anders votiren wird, wie die Kommission.

Der Reichstagsabgeordnete **Dr. Förster** erklärt in der „Deutschen Wacht“ eine Erklärung gegen **Ahlwardt**, in der er sich dagegen wendet, daß er die Uebnahme des Mandats im Wahlkreise Neustettin, wo **Ahlwardt** wegen seiner gleichzeitigen Wahl in **Kruswalde** niederlegte, sich zur Gefolgschaft **Ahlwardts** verpflichtet habe. Das Interesse der Partei verlange, daß er bei der „Fraktion“ verbleibe, aus der **Ahlwardt** ebenso sehr selbst ausgetreten sei wie er ausgeschlossen worden wäre. (!) **Dr. Förster** hofft, daß der Wiedereintritt **Ahlwardts** in die Fraktion nicht von Dauer sein werde. — Die lange Erklärung kommt einer Absage an **Ahlwardt** gleich. Im Uebrigen ist diese Erklärung nicht allzu tragisch aufzufassen. Die Antisemiten haben bereits wiederholt das Sprichwort: „Paß schlägt sich und Paß verträgt sich“ in die rauhe Wirklichkeit umgesetzt.

Arbeits Einschränkungen in Folge der drohenden Tabakfabriksteuer sind auch in Halberstadt schon in Aussicht genommen worden. Sämmtliche Zigarrenfabriken haben ihren Arbeitern erklärt, daß vom 1. April d. Js. nur noch halbe Tage gearbeitet werden soll. — Auch im Hanauer Bezirk stehen, wie der „Han. Btg.“ mitgetheilt wird, demnächst in der Tabakindustrie größere Arbeiterentlassungen bevor. Auch hier wird, wie in Westfalen, bei den Fabrikanten die Lager überfüllt und werden sich schwerlich leeren, wenn die Befürchtung für die projektirte Fabriksteuer bestehen bleibt.

Belgien.

Die Sozialisten und Demokraten haben sich vereinigt, um ein großes Protestmeeting gegen das Gemeindevahlgesetz abzuhalten. Die Bürgergarde wird nächstens angehts der Drohungen der Arbeiter mit dem Generalfreikampfe einberufen werden. Man glaubt nicht, daß der Generalausstand überall Theilnahme finden und sich über das ganze Land erstrecken werde. — Abwarten! Vor zwei Jahren „glaubte“ man es auch nicht.

Afrika.

Abermals eine Glanzleistung deutscher Kolonialpolitik. Das „Neuer'sche Bureau“ theilt folgende Nachricht aus

Südwestafrika mit: „Auf zweifelhafte Gerüchte, die unter den Eingeborenen in Umlauf waren, haben die deutschen Behörden im Damaralande einen Offizier mit einer Abtheilung Soldaten auf die Farm des bekannten britischen Händlers **Lewis** am **Scaape-Fluss** gesandt und ihm fast seine gesammte Habe, mit Ausnahme einiger Nüsse und Lebensmittel, beschlagnahmt, weil er angeblich den Damaras Waffen und Munition geliefert hat. **Lewis** Frau erklärte vergebens, daß ihr Mann gar keine Waffen und Munition zu verkaufen habe. Drei Soldaten blieben auf der Farm. Zur Zeit der Besetzung derselben war **Lewis** abwesend. Die Noth der armen Frau ward noch größer, als sie erfuhr, daß ihr Mann von einem Tiger angefallen und schwer verwundet worden sei. Die Deutschen erlaubten ihr nicht, sich zu ihrem Gatten zu begeben. Sie schickte deshalb ihren Vater und ihre Tochter zu ihm.“ Zwar bedarf diese Nachricht noch der Bestätigung, doch klingt sie an und für sich durchaus nicht ungläublich, wenn man in Betracht zieht, welche Leistungen unsere Koloniallieutenants und Kolonialassessoren bereits vollbracht haben. Irgend welchen Ruhm hat sich Deutschland bei all' seinen Kolonialunternehmungen noch nicht erworben.

Lübeck und Umgegend.

18. März.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts am Donnerstag den 21. März 1895, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: 1) das Testament des hier selbst am 9. März 1895 verstorbenen Arbeiters **Johann Friedrich Wichmann**; 2) das Testament des hier selbst am 26. Oktober 1893 verstorbenen Krämers **Johann Nicolans Heinrich Carstens**.

Der Bau der Haupthalle auf der Ausstellung ist dem Vernehmen nach den Zimmermeistern **Behrens**, **Uhr** und **Bauermeister** für 87500 Mark zugeschlagen worden.

Zwangsvorsteigerungen. Im amtsgerichtlichen Versteigerungs-Termin am Sonnabend wurde das **J. H. C. Gode** gehörende Grundstück in **Travemünde**, **Marionstraße 7** belegen, zum Aufgebot gebracht mit der Einschlagsumme von 2160 Mark. Den Zuschlag erhielt für diese Summe der Subhastant, des verstorbenen **J. H. C. Gode** Testamentvollstrecker. Das Grundstück war mit 2280 Mark beschwert. — Die Zwangsvorsteigerungsanträge bez. des **Storchschen** Grundstückes, **Noekstr. 5b**, des **Schuhmacherschen** Grundstückes, **Hüxterthor-Allee 31**, und des **Lüneburgischen** Grundstückes, **Hüxterthor-Allee 45**, deren Verkäufe ebenfalls angelegt waren, wurden zurückgezogen.

Submission. Für das Konditoreigebäude auf dem Ausstellungsplatz wurden heute folgende Angebote abgegeben: **Rittscher** und **Runau** 59 000 Mk., **Schwarzkopf**, **Blund** 71 500 Mk., **Marcks** und **Bagt** 57 200 Mk. Der Zuschlag ist noch nicht erfolgt.

Arbeiterfängerbund. In den Räumen der Centralhalle hielt am Sonnabend Abend der Arbeiterfängerbund einen Combes ab. Zahlreiche Freunde eines frohen, freien Sanges hatten sich zu demselben eingefunden. Einige Konzertstücke leiteten die Festlichkeit ein. Den Niederreigen eröffnete der Sängerbund mit der Bundeshymne und dem Völkerverfrühlingslied. Dann legten der Reihe nach die einzelnen Vereine Zeugnis von ihrem Können ab. Bis 1 1/2 Uhr dauerte es, bevor die letzte Nummer des Programms zu Gehör gebracht war. Sowohl aus den Leistungen des Bundes, wie auch aus denen der einzelnen Vereine war zu ersehen, daß die am Bunde Theilhabenden redlich bestrebt sind, ihre Aufgabe, „die erhabene Macht der Töne“ in den Dienst der Arbeitersache zu stellen, nach besten Kräften zu erfüllen suchen.

Der Verein „Eintracht“ feierte gestern unter zahlreicher Theilnahme sein diesjähriges Frühlingsfest verbunden mit Concert, Ansprache, Gesang und Theateraufführung. Mit gewohnter Präzision gelangten sämtliche Nummern zur Ausführung. Das Lustspiel von dem Leipziger Proletarietdichter **Heinrich Friedrich** fand eine recht freundliche Aufnahme. Von 8 Uhr an wurde kräftig das Tanzbein geschwungen.

Humoristische Abendunterhaltung. In **Wegner's** Klubhaus veranstaltete gestern Abend der durch seine Recitationen und plattdeutschen Vorträge aus **D. Bartels** Werken bekannte Recitator **Herr Eduard Baldinger** eine Abendunterhaltung. Das einaktige Lustspiel „Der Vetter aus Bremen“, sowie „Die zankfüchtigen Eheleute“ wurden sehr gut wiedergegeben. Auch die humoristischen Vorträge aus **D. Bartels** Werken wurden mit Beifall aufgenommen und verfehlten nicht ihre Bestimmung, die Lachmuskeln den Zuhörern in Thätigkeit zu bringen.

Die Raubank und die Säge, welche einem Zimmermann in der Kleinen Burgstraße vor wenigen Tagen abhanden gekommen waren, haben sich wieder angefundnen. Ein Tischler hatte beide Gegenstände, sowie eine Deichsel von einem ihm unbekanntem Manne gekauft. Auf die in den Zeitungen erschienene Notiz hin meldete er sich bei der Polizei, woselbst die Sachen von dem Bestohlenen als die seinigen erkannt wurden. Der Dieb scheint ein Zimmermann zu sein, welcher in der Nacht zum 7. ds. Mts. unter dem Namen **Karl v. Bülow** in einem Gasthause an der Untertrave logirte, und angab nach **Dänemark** zu wollen.

Eine Karambolage zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Milchfuhrwerk fand heute Morgen kurz vor 9 Uhr auf dem **Ringberg** statt. Der Milchwagen hat den haltenden Straßenbahnwagen am Vorderperron angefahren. Mit einigen Beulen am Vorderperron kam der Straßenbahnwagen davon. Für den Milchwagenführer dürfte es ein Strafmandat abfehen.

Von der Gemeindeversammlung in **Poggensee** ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen **H. J. N. Martens** der **Hufner J. H. Kullis** zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren erwählt worden. Der **Hufner Kullis** ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt.

Von der Gemeindeversammlung in **Tentendorf** ist an Stelle des zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes erwählten **H. F. D. Hildebrandt** der **Hufner E. A. H. Schröder** zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren erwählt worden. Den **Hufner Schröder** ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

ab. **Travemünde**. Eine große Freude brach gestern unter der hiesigen Einwohnerschaft aus, als gegen 4 Uhr beim Bootsenhaus eine schwarze Flagge gehißt wurde, zum Zeichen, daß ein Dampfer in Sicht war. Unter vielen Hin- und Herfahren in der gebogenen Fahrinne kam dann gegen 5 1/4 Uhr der Dampfer „**Elita**“, als der erste nach Durchbruch der Fahrinne von auswärts kommende Dampfer in unseren Hafen an. Einige Knaben waren bis zu eine: Seemulle dem Dampfer entgegenelaufen, um die Fahrgäste als Erste begrüßen zu können. — Sonntag Morgen verließen sämmtliche hier seit einigen Tagen gelegenen Dampfer unseren Hafen und dampften seewärts. Nach Mittag suchten sodann die Dampfer „**Europa**“, „**Rußland**“ und „**Hansa**“ die verlassenen Plätze auf. Hoffentlich werden auch diese bald ihre Fahrt fortsetzen können, damit die Schifffahrt ihren alten Kurs wieder aufnehmen kann.

Güstrow. In dem Prozeß gegen den Direktor der vertrachten Vieh-Versicherungs-Gesellschaft, **Marci**, hat das Reichsgericht das Urtheil, soweit es **Marci** selbst betrifft, aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. Zur Aufhebung führte eine prozessuale Beschwerde. Der Zeuge **Rudel** war nach Erstattung seiner Aussage vereidigt und später noch einmal vereidigt worden, ohne daß er sich dabei auf den bereits geleisteten Nacheid berufen hätte. Auf dem hierin liegenden Verstoße kann nach Ansicht des Reichsgerichtes das Urtheil beruhen und deshalb war es aufzuheben.

Der **Güstrower Streik** hat noch immer seine Nachwehen. Am 27. Oktober wurde der Dreher **Müller** vom Landgericht zu **Güstrow** wegen Nöthigung zu 5 Tagen Gefängniß verurtheilt. **Müller** hatte zwei Arbeiter auf dem Wege nach der Fabrik zugeredet, die Arbeit dort niederzulegen. Bei der Verabschiedung hatte er dann die Aeußerung: „Wir treffen uns noch wieder!“ fallen lassen. In dieser Aeußerung sollte die Nöthigung enthalten sein. Trotzdem in der Verhandlung von dem Zeugen **Oberländer** bekundet wurde, daß er die Worte des Angeklagten nicht als Drohung aufgefaßt habe, und der zweite Zeuge nicht erschienen war, wurde auf obige Strafe erkannt. Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, da ein Rechtsirrtum ausgeschlossen sei.

Bremen. Die Bürgerschaft genehmigte die Erhebung der Schifffahrtsabgabe zur Deckung der Kosten der Unterweser-Korrektion nach den Vorschlägen des Senats.

Neueste Nachrichten.

Leipzig. Der Prozeß gegen den ehemaligen Kanzler **Leist** wird am 6. April, Morgens 9 Uhr, vor dem Disziplinarhof des Reichsgerichts verhandelt werden.

Troppau. Durch eine Explosion wurden am Sonnabend früh auf dem erzherzoglich **Albrechtischen** **Hohenegger** Schachte bei **Troppau** 280 Bergleute in der Grube eingeschlossen. Bis Mittag waren 100 Mann herausbefördert, 180 Mann befinden sich noch in der Grube. Die Verletzungen der bisher Herausbeförderten sind leicht. Nach der Freimachung der Schale wurden weitere 10 Mann herausbefördert, welche erzählten, daß am Füllorte 60 Mann auf die Ausfahrt warteten und das im Schachte einige Leichen lagen. Das Schicksal der übrigen im Schachte befindlichen Arbeiter ist noch unbekannt, da ein Vordringen bis zu dem betroffenen Horizonte unmöglich ist. Ein Brand ist nicht entstanden, die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 16. März.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugesührt wurden 1030 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verlandschweine schwere 44—46 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 43—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelkommen:

Sonntag, den 17. März.

5,30 U. N. D. **Elita**, Pierstorff, von **Travemünde** in 10 Stb.

Abgegangen:

Sonntag, den 17. März.

5,30 U. N. D. **Halmstad**, **Sundin**, nach **Kopenhagen**.
5,30 U. N. D. **Lübeck**, **Gultman**, nach **Walmö**.
5,40 U. N. D. **Uddebholm**, **Borström**, nach **Kopenhagen**.
9— U. N. D. **Theodor** **Burchardt**, **Debon**, nach **Sibau**.
9— U. N. D. **Falle**, **Ehler**, nach **Fehmarn**.
9,45 U. N. D. **Zmatra**, **Schöning**, nach **Hangö**.
9,45 U. N. D. **Wiborg**, **Karstedt**, nach **Hangö**.
9,45 U. N. D. **Afrika**, **Andersen**, nach **Hangö**.

Montag, den 18. März.

6— U. N. D. **Europa**, **Boyt**, nach **Sibau**.
6,10 U. N. D. **Rußland**, **Kuppel**, nach **Sibau**.
6,15 U. N. D. **Hansa**, **Stephan**, nach **Sibau**.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,08 m WNW., mäßig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Am 15. d. M., Abends 8 Uhr, entschlief nach langem, schweren Leiden meine geliebte Frau und meiner 3 Kinder liebevolle Mutter **Bertha geb. Müller** im 84. Lebensjahr. Tief betrauert von ihrem Gatten, Kindern, Eltern u. Geschwistern.
J. Markmann, Maurer.

Die Beerdigung findet am 18. März, Vorm. 11 Uhr, vom Trauerh., Steinradweg 7, aus statt.

Unserm Freund **Hein Kohl** zu seinem heutigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch! daß die ganze Augustenstraße wackelt.
Recht — prachtkoll in de Meen.

Beinwunden, Flechten, Krampfadern, Geschwüre, Salzfuss, Drüsen und Hautkrankheiten jeder Art, beseitigt ohne Berufshilfe **Frau J. Dentzau, Lübeck**, Untertrave 113, II., über der Holstenbr. Zu spr. **Freitags u. Sonnabends** von 1—4, f. Arme **Freitags** von 4—8 Uhr freie Behandlung.

Schönes **Braten-Schmalz** Pfund 40 Pfg. **Aug. Scheere** Holstenstraße 27.

Schöne frostfreie **französische, Magnum bonum u. Dabersche Kartoffeln** empfiehlt **J. Sühr, Untertrave 22.**



Tapeten Neuheiten 1895 sind eingetroffen, darunter die so sehr beliebten Stoff-Tapeten in großer Auswahl. Musterkarten stehen zur Verfügung.
E. L. Schwartz, Regidienstr. 37.

Mai-Festblatt 1895

erschient, wie den Genossen aus der Bekanntmachung des **Partei-Vorstandes** ersichtlich, auch heuer wieder in unterzeichnetem Verlage. Format und äußere Ausstattung entsprechen den letztjährigen: **Acht Seiten Groß-Quartformat**. Wir haben uns bemüht, sowohl den **textlichen Inhalt** in Poesie und Prosa, wie auch besonders die **Illustrationen** möglichst zu vervollkommen und wir glauben sagen zu dürfen, daß das diesjährige **Mai-Festblatt** alle bisherigen an künstlerischer Schönheit übertreffen wird.

Das **Titelbild**, poetisch tief empfunden und zeichnerisch v. Venbet angeführt, zeigt uns den **Wanderarbeiter**, der mit Weib und Kind seine Blicke hoffnungsvoll auf seine Arbeitsbrüder in Werkstat und Fabrik richtet, die ausziehen, den Weltfeiertag festlich zu begehen. Das **Vorbild**, die 4. und 5. Seite füllend, versinnbildlicht, wie der **Ölwe-Proletariat** siegreich über den Wall von Ausnahme- und Umsturzesgelegen schreitet und weder durch Drohungen noch durch Traktäthen-Beschwörungen sich von der irdischen Dreifaltigkeit Militarismus, Kapitalismus, Pfaffenhum in seinem Siegeszuge aufhalten läßt. Diese wahrhaft künstlerischen Illustrationen sind auch heuer wieder von **Schen's** bekannter Meisterhand in Holz geschnitten. Auch die **achte Seite** ist dieses Jahr durch eine **Illustration** ausgefüllt, und zwar durch ein **humoristisch-satirisches Zeitbild**, der Gegenwart entnommen, mit verschiedenen Portraits aus den Reihen der Gegner und der Partei.

Wir dürfen daher wohl die Bitte an Sie richten, im Kreise der Genossen und Freunde unserer Sache für weitestehende Verbreitung thätig zu sein.

Um die **Verfendung** zu vereinfachen und unnötige **Spesen** zu ersparen, ersuchen wir die **Lübecker Genossen**, ihren Bedarf nur bei der **Expedition des „Lübecker Volksboten“**, Große Altefahre 35/37, zu entnehmen.

Der **Preis** stellt sich wie in den letzten Jahren für das Einzel-Exemplar auf **10 Pfennig** im Verkauf.

Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin SW., Benth-Strasse 2.

Die „Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends.

Gratis-Beigabe:

Illustrirtes Sonntagsblatt

redigirt von Rudolf Eicko.

Abonnementspreis 4 Mark 50 Pfg. pro Quartal.

Volks-Zeitung.
Organ für Jedermann aus dem Volke.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath. Probeummern unentgeltlich.

Reicher Inhalt und schnelle, zuverlässige Mittheilung aller politischen, kommunalen und lokalen Ereignisse.

Scharfe und treffende Beleuchtung aller Tagesfragen.

Ausführlicher Handelstheil, frei von jeder Beeinflussung.

Theater, Musik, Kunst, Wissenschaft und Technik.

Romane und Novellen aus der Feder der beliebtesten Autoren.

Im Feuilleton der **Volks-Zeitung** beginnt zu Anfang des nächsten Quartals der Abdruck des neuesten Romans von Maurus Jokai „Schicksalsstunde“, der den besten Werken des berühmten Romanciers zugezählt werden darf. Das **Illustrirte Sonntagsblatt** aber veröffentlicht im nächsten Quartal „Phantome“, einem Roman aus dem amerikanischen Leben, dessen Autor W. Schaffmeyer als Feuilletonist sich durch die scharfsinnige Beurtheilung amerikanischer Verhältnisse einen guten Ruf erworben hat. Zu „Phantome“ gesellen sich **Novellen, Humoresken** und naturwissenschaftliche Aufsätze von **Adolf Mohr, B. von Wilar-Gersdorff, M. von Vriesen, Alphonse Daudet, Bret Harte, Wilhelm Verdrow, Schenkling-Preböt u. a. m.**

Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einsendung der Abonnements-Quittung — die Zeitung bis Ende März schon von jetzt ab unentgeltlich.

Expedition der „Volks-Zeitung“

Berlin W., Lühnowstraße Nr. 105 und Kronenstraße Nr. 46.

Achtung! Parteigenossen!

Wir ersuchen sämtliche Genossen, bei der am **Dienstag den 19. März** stattfindenden **Beerdigung des Genossen F. Beckmann** zahlreich zu erscheinen. — Versammlung bei **F. Lecke, Lederstrasse 3**, Morgens 6³/₄ Uhr. Abmarsch 7 Uhr.
Der Vorstand des socialdemokratischen Vereins.

Schillings Bier-Lokal

Dornestraße 40, Ecke Emilienstraße.

Im Verlage von **M. Ernst-München** ist erschienen und durch die **Expedition des Lübecker Volksboten** zu beziehen:

Fuchsmühl!

Eine Skizze aus dem Rechtsstaat der Gegenwart

von **Adolf Müller**. Mit 2 photogr. Aufnahmen. 40 S. 8°. 20 Pf.

Diese Broschüre enthält die Resultate der an Ort und Stelle erhobenen Untersuchungen, sie enthält ferner die Entwicklung dieser für das deutsche „Rechtsleben“ so entehrenden Tragödie. Da das gesammte zugrunde liegende Material in jeder Beziehung unanfechtbar ist, so erheischen die gewonnenen, oft empörenden Resultate allseitiges Interesse.

Central-Hallen.

Gr. Benefiz und Kappenfest am **Donnerstag den 21. März 1895.**

Entree für Herren 60 Pf., Damen 30 Pf. — Cassendöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr, Ende 4 Uhr. Hierzu ladet ganz ergebenst ein **Die sämtliche Bedienung.**

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten **Friedr. Meyer & Co.**

Täglich frisch ger. hies. Sprotten u. Bücklinge empf. die Fischräucherei **Vorbeckstrasse 11.**

Dabersche Kartoffeln 200 Pfd. 5,30 Mk., 10 Liter 45 Pfg. **Joh. Nagel, Engelsgrube 51.**

Gesucht ein **Bursche**, der Oftern die Schule verläßt, beim Milchwagen. Näheres **Mühlensstraße 25**, Mittags von 12 bis 1 Uhr.

Gesucht ein **Mädchen** in den mittleren Jahren. Lohn 150 bis 160 Mk. Näheres bei **Negel, Schönampstraße 13.**

Gesucht zu Oftern ein **Knabe**, der confirmirt wird, für leichte ländliche Arbeit nahe bei Lübeck. Näheres **Langer Lohberg 25.**

Ein gut erhalt. **Kinderwagen z. verl.** Preis 14 Mark. Näheres **Vorbeckstraße 16.**

Eine **Causense**, 4 Stühle mit Rips für 75 Mk. zu verkaufen. **Dankwartstraße 34.**

Sag schöne **Ferkel** abzugeben. **Vorbeckstraße 23.**

Gefunden 1 **Portemonnaie m. Inhalt** in der Meierstraße. Abzuholen **Hansstr. 64, pt.**

Achtung! Zimmerer.

Verbands-Versammlung am **Dienstag den 19. März.**

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Hauptvorstandes.
2. Berathung der eingegangenen Anträge.

NB. Das Erscheinen sämtlicher Kameraden ist nothwendig. **Der Vorstand.**

Restaurant Otto Gennburg. **Beckergrube 44.** Täglich:

Grosses Concert der Wiener Damen-Capelle „Donauwellen“. Solovorträge auf Glocken. (1250) **Blasensymphonien, Zither und Klyphon.** Eintritt frei. Anfang 7 Uhr.

Die Möbel-Eislererei

von **G. H. Busch, Alststr. 21** empfiehlt ihr Lager von selbstverfertigten **Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren** zu billigen Preisen.

Versammlung

sämmtlicher **Lederindustriellen und Lederarbeiter** am **Dienstag den 19. März**, Abends 8¹/₂ Uhr, im **Lokale des Hrn. Neumann, Fünfhausen 19.**

Tages-Ordnung: Die Einführung eines Polles auf Quebracho u. alle ausländischen Gerbstoffe und dessen Wirkung auf die inländische Leder-Industrie. (Referent: von Wietorsheim, Lohgerber.)

Sämmtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Leder-Industrie werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Zentral-Verband deutscher Maurer u. verw. Berufsgenossen.

Zahlstelle Lübeck. **Mitglieder-Versammlung** am **Mittwoch d. 20. März 1895** Abends 8¹/₂ Uhr **im Berliner Hof.**

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu den von den Zahlstellen gestellten Aenderungsanträgen des Statuts zum diesjährigen außerordentl. Verbandstage. 2. Bericht vom Kartell. 3. Fragekasten und Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig. **Die örtliche Verwaltung.**

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 19. März: Anfang 6 Uhr. **Opernpreise. Ausser Abonnement.**

Benefiz für Hrn. Reg. Anton Schertel. **Die Meisterjünger von Nürnberg** In Scene gesetzt von **Dir. Erdmann.**

Der Zusammenbruch naht.

J. J. Es kracht in allen Fugen und wenn die Zeichen nicht trügen, so wird man vom Ministerium Windischgrätz bald sagen können, daß es gewesen ist. Soviel steht mindestens fest: Die Stellung des Unterrichtsministers von Madetzki ist erschüttert; die erfolglose Reise des Kardinals Schönborn nach Rom bedeutet eine grandiose Niederlage der Regierung; die Frage der Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in Cilli ist unlösbar und die Durchführung einer Wahlreform läßt sich trotz aller Bemühungen der Regierung nicht mehr verschleppen.

Ja, Herr von Madetzki, der Onkel der Nichten der Koalition, der Mann, der während seiner 16monatlichen Ministerchaft wenigstens so vielen Neffen und Gatten von Nichten zu hohen Stellungen und fetten Sinekuren verholfen hat, wird fallen. Er fällt nicht, weil er eine schwungvolle Protektionswirtschaft trieb; er fällt, weil die von ihm als Kultusminister veranlaßte Mission des Kardinals Schönborn nach Rom gescheitert ist. Schönborn sollte den Papst dazu bestimmen, gegen die Christlichsozialen, welche der Regierung große Sorge bereiten und den meist beschlossenen Kerns gegen die bischöflichen Millionäre unbotmäßig machen, Stellung zu nehmen. Der Papst scheint jedoch dazu keine große Lust zu haben, denn er mißte sich dann mit seiner sattem bekannten Encyclica über die Arbeiterfrage in Widerspruch setzen und das würde ihn ja um den ihm von den Christlichsozialen beigelegten Titel eines „Arbeiter-Papstes“ bringen. Leo XIII. ist höchstens bereit, sich einen Kommentar zu seinem Nachwerke zu leisten, aber dieser Kommentar wird nicht dazu geeignet sein, die Bischöfe und die mit ihnen verbündeten Großjuden zu befriedigen. Wenn übrigens der Papst, der Geschäftsfreund des Hauses Rothschild, bei dem seine Millionen deponirt sind, auch nur einen geringen Theil der Weisheit besäße, die ihm unsere Tintenkulis seit Jahren andichten, so mißte er sich wohl hüten, die Christlichsozialen anzugreifen. Sie würden diese Angriffe nicht beachten und dadurch die Autorität des Papstes erschüttern. Vor einigen Tagen schrieb schon das Organ der Christlichsozialen, das „Deutsche Volksblatt“, daß es — wenn der Papst die Christlichsoziale Bewegung verdammen sollte — dies zwar sehr bedauern würde, daß dies aber für die christlichsoziale Partei keine Veranlassung wäre, von dem betretenen Wege abzuweichen. So wächst diese Bewegung, welche die Regierung des Grafen Taaffe einst gezüchtet, der Regierung des Fürsten Windischgrätz über den Kopf. Es gehört aber die ganze Dummheit des fatten Bürgerthums und der üppigen Bischöfe dazu, zu glauben, daß die Christlichsoziale Bewegung in Oesterreich etwas künstlich Gemachtes, durch die wirtschaftliche Lage einzelner Volksklassen nicht Hervorgehendes ist. Der christliche Sozialismus ist vielmehr nichts Anderes als der Kleinverbreitende sieht, daß er zu Grunde geht, er sieht, daß ihn die aufgezwungene Konkurrenz mit dem Großunternehmer zu Grunde richtet, und da der Großindustrielle zumeist Jude ist, so glaubt der dumme Kerl von Wien, daß die Juden die Ursache des sozialen Elends sind. Er ist also in einem sehr sonderbaren Sinne

„Sozialist“, denn er strebt die Beseitigung des mobilen jüdischen Großkapitals an, er ist aber auch „Christ“, weil er mit der Milch der frommen Denklungsart das jüdische Kapitalistenthum zu vergiften hofft. Für das christliche Ausbeutertum hat der „gemüthliche“ Wiener Spießer noch kein Auge; ja, er merkt nicht einmal, daß seine christlichsozialen Führer eigentlich Prachtexemplare von Blutsaugern sind. Wir Sozialdemokraten aber haben keinen Grund, die Bewegung zu bekämpfen, zumal dieselbe uns heute in Kreisen, die noch zu beschränkt sind, uns zu verstehen, den Boden ebnet. Denn haben einmal die Liechtenstein und Konforten den Kleinbürger gegen die Millionen des Juden Rothschild „aufgehört“, dann wird es uns Sozialdemokraten ein Leichtes sein, sie auch gegen die Millionen des Christen Schwarzenberg „aufzuwiegeln“.

Aber nicht nur die Stellung des edlen Polen Madetzki, sondern auch die Stellung des ebenso edlen Marquis v. Bacquhem soll sehr gefährdet sein. Als Minister des Innern war er in erster Linie dazu berufen, eine Grundlage für die versprochenen „umfassenden“ Wahlreform zu schaffen. Er hat aber ganz den Intentionen der Koalition gemäß gehandelt und Alles gethan, was das Zustandekommen einer Wahlreform verhindern konnte. Als die Arbeiter: Heraus mit dem Wahlrecht! riefen, ließ sie der Herr Marquis am Kolowratring mit Säbelhieben bearbeiten; als die Geduld des Volkes immer geringer und sein Jorn immer größer wurde, nahm der Herr Marquis an den lukullischen Koalitionsgastmählern im Hotel Wunsch Theil. Jetzt, wo das Proletariat, welches nichts zu verlieren hat als seine Ketten, mit der Eroberung des Wahlrechts heiligen Ernst macht, jetzt läßt der Marquis das aus zehn Koalitionen bestehende Subkomitee im Geheimen darüber berathen, wie man die Wahlreform am raschesten verzeteln könnte. Gestern traf jedoch den lieben Marquis ein unerwarteter Schlag. Es fand nämlich ein Ministerrath unter dem Vorsitz des Kaisers statt, und über den Ausgang dieses Ministerraths berichtet sogar die Posauze der Koalition, die „Neue Freie Presse“, daß die rascheste Lösung der Wahlreformfrage im dringendsten Interesse der Regierung gelegen sei. Nun, die Regierung ist aber unfähig, diese Frage zu lösen, und ehe sie ganz zu Grunde geht, wird sie es vorerst mit einer Amputation, mit einer unfreiwilligen Ausscheidung des Ministers des Innern versuchen. Die Koalition wird eben nicht nobel sterben, nein, sie wird sterben, wie sie gelebt hat.

Außer der Wahlreform nagt noch Cilli am Lebensmarkt der Koalition. Die Regierung hat nämlich den der Koalition angehörenden Slovenen die Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in Cilli zugesagt. Als aber die Regierung sah, daß die Deutschliberalen, gedrängt von ihren Wählern, dagegen Stellung nehmen werden, wollte sie die Slovenen im Stiche lassen. Auf einen Wortbruch kommt es ja den waderen Kavaliern nicht an. Da haben sie aber die Rechnung ohne den Hohenwart gemacht. Sein Club, dem die Slovenen angehören, beschloß, für die Errichtung des Gymnasiums in Cilli zu stimmen. Die Deutschliberalen mußten darauf, um nicht die Verachtung aller ihrer Wähler auf sich zu laden, in ihrem Club beschließen, dagegen zu stimmen. Die Regierung hat zwar für diese Post die Majorität, wie

aber, wenn die Liberalen von ihren Wählern gezwungen werden, die Konsequenzen zu ziehen und aus der Koalition auszuschneiden?

Ach ja, der Windischgrätz hat Sorgen. Uns bleibt es aber gleich, ob Cilli ein slovenisches, englisches oder chinesisches Gymnasium bekommt, uns wird es nur freuen, wenn möglicher Weise diese kleine Ursache eine große Wirkung, den Zusammenbruch der Koalition, zur Folge hat. Stirbt sie aber nicht an Cilli, dann an der Wahlreform. Sterben muß sie, so oder so.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 15. März 1895. Im Reichstage wurde heute zunächst der letzte Rest des Militäretats, der noch einmal in die Budgetkommission zurückverwiesen worden war, erledigt. Der Reichstag schloß sich dabei den letzten Kommissionsbeschlüssen an und der Kriegsmiister hatte dabei die Freude, eine neue Kaserne in Worms noch nachträglich bewilligt zu erhalten, und den Schmerz, auf eine Vergrößerung des Lebnungsplatzes in Vofstet wohl für dieses Jahr endgiltig verzichtet zu müssen. — Dann kam der Postetat wieder an die Reihe. Zunächst wurde die Erörterung über das Dienstalterszulagenystem fortgesetzt, das den Vorzug der Gerechtigkeit hat und den Beamten nicht von den Launen seines Vorgesetzten abhängig macht, andererseits bei der Einführung aber einzelne Beamtencategorien benachtheiligt. Um diesen Mangel auszugleichen, hatte die Budgetkommission beschlossen, das Mindestgehalt dieser benachtheiligten Beamtencategorien entsprechend zu erhöhen. Das war aber vom Schatzsekretär Grafen von Posadowsky als ein Eingriff in die Rechte der Regierung, eine Untergrabung des monarchischen Prinzips erklärt worden. Der Reichstag konnte sich heute noch nicht einig werden, und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission zurück. Herr Fischer, der treue Abtats des Herrn Dr. v. Stephan, konnte heute vergnügt nach Hause gehen. Der Reichstag hatte ihm an diesem Tage den Titel „Unterstaatssekretär“ und eine Gehaltserhöhung von 5000 Mk. bewilligt. Er bezieht jetzt 20,000 Mk. jährlich und es wird den Postunterbeamten gewiß ein Trost sein, zu erfahren, daß sich wenigstens ihre ersten Vorgesetzten nicht über längliche Besoldung zu beklagen haben. — Zum Schluß gab es noch die seit Jahren übliche Debatte über den Luzus der Postbeamten. Das Centrum thut sich dabei stets besonders hervor, schäde, daß seine Opposition nur bei diesem Kleintram so standhaft ist. Da die Mitglieder der Budgetkommission übereinstimmend erklärten, so wenig wie möglich bewilligt zu haben, fielen übrigens die ultramontanen Sparmaßregeln auf ihren Wünschen ab. — Morgen wird die Verathung des Postetats beendet werden.

Bundesrath. In der Plenarsitzung des Bundesrathes am Donnerstag wurden die Mittheilung des Präsidenten des Reichstages über den vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 2 des Gesetzes, betreffend die Verwaltung Elsaß-Lothringens vom 4. Juli 1879 und die Mittheilung des Präsidenten des Reichstages über den vom Reichstag angenommenen Gesekentwurf wegen Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Der Senatskonvent des Reichstages trat Donnerstag Abend zusammen und verhandelte unter dem Vorsitz des Herrn v. Levetzow über den Vorschlag des Präsidenten, Namens des Reichstags Bismarck anlässlich seines achtzigsten Geburtstages zu beglückwünschen. In einer längeren und lebhaften Diskussion erklärten die Vertreter der beiden konservativen Fraktionen, der Nationalliberalen, der Freisinnigen Vereinigung (!) und der Antisemiten ihre Zustimmung, während die Vertretersmänner des Centrums, der Freisinnigen Volkspartei und der Sozial-

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von H. Geisel.

(24. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Während der Probe verharrete Folly in mürrischem Schweigen und als Herr Barrington ihr beim Scheiden anempfahl, zeitig zur Vorstellung zu kommen, lachte sie ihm ins Gesicht.

Sich an all diese Scenen erinnernd, war Herr Barrington wohl berechtigt zu der Annahme, daß Folly die Absicht gehegt habe, ihn in Verlegenheit zu setzen und als das Publikum immer lauter murzte, ließ er die Toilette, welche Folly verschmäht hatte, aus der Garderobe der jungen Tänzerin holen und befahl alsdann der ersten Statistin, Fräulein Stuart, dieselbe anzulegen und die Rolle abzulesen — er selbst wollte vorher dem Publikum mittheilen, daß Folly ganz plötzlich erkrankt sei.

Eine Viertelstunde später ward der Vorhang aufgezo-gen; die beiden ersten Scenen, welche in den Händen der Komiker lagen, gingen glücklich vorüber und jetzt kam der Augenblick, wo Herr Barrington vortreten und Follys Ausbleiben entschuldigen mußte. Fräulein Stuart, welche an der Spitze der Jungfrauen-schaar in der Coullisse stand, einen Wink gebend, begab sich der Direktor nach vorne; in demselben Moment schlug der Ruf an sein Ohr:

„Sie ist da — sie ist da!“

Wie erlöst athmete Herr Barrington auf; der erste Komiker, der den Ruf vernommen hatte, improvisirte einige Scherze, um die Pause auszufüllen und der Regisseur stürzte in die Coullisse und rief athemlos:

„Schnell, Fräulein Stuart, geben Sie die Toilette wieder ab, und Sie, Fräulein Folly, bereiten Sie sich!“

Folly sah sich nach Fräulein Stuart um, und das Gelächter, welches ihr die Erscheinung derselben auspreßte, vernahm man bis in den letzten Winkel der Bühne. Einen langen Mantel abwerfend, gab Folly ihren Jungfrauen das Zeichen, ihr zu folgen und lustig ihre erste Ariette ins Publikum schmetternd, flog Andromeda auf die Bühne.

„Barmherziger Gott — das ist ja der entsetzlichste Anachronismus,“ stöhnte der Regisseur; „Andromeda in moderner Balltoilette!“

Es ließ sich freilich nicht leugnen — Andromedas Toilette entsprach unsern Begriffen einer modernen Balltoilette weit eher, als derjenigen, welche man zu Andromedas Zeiten in Aethiopien trug. Ein mattweißes Atlaskleid mit eingewirkten Rosenbouquets umschloß die Hüfte der jungen Tänzerin, der Nacken schimmerte in schneeger Weiße und knappanliegende, hochhinaufreichende Glacehandschuhe umgaben den runden Arm. Das bis zu den Knöcheln hinreichende Gewand zeigte die zierlichen, in goldgefärbten Strümpfen und eben solchen Schuhen stekende Füßchen, und eine herrliche Blumenguirlande schlang sie um die feinen Hüften. Und Folly ließ dem Publikum keine Zeit, ihr Kostüm auf Chronologie und klassische oder unklassische Schnit zu prüfen. Sie sang, spielte und tanzte — wie es eben nur Folly vermochte — sie riß alles mit sich fort und entfesselte Beifallsstürme, wie das Devitty-Theater sie noch nicht erlebt. Auch die Mißspielenden konnten sich dem Zauber, der von ihr ausging, nicht entziehen; alles an ihr war Feuer, Leben und Bewegung, von dem Moment an, wo sie die Bühne betrat bis zu demjenigen, wo sie an den Felsen gefesselt wurde. Und als sie dann

auf dem Felsen lag und wußte, daß der ganze Erfolg dieser Szene von dem Wilde, welches sich darbot, abhing, nahm sie eine so herrliche Pose an, wußte sich so einfach und doch so unendlich wirksam mit ihrer Blumenguirlande zu drapiren, daß der Applaus nicht enden wollte und ein Blumenregen sich über die liebliche, regungslos verharrende Sphäre ergoß.

Gleich allen andern hatte Roland keinen Blick von der Bühne abgewandt, so lange Andromeda sichtbar blieb, als der Vorhang endlich gefallen war, meinte Garnier zu ihm:

„Ich denke, Sie sind mir nun nicht mehr gram darum, daß ich Sie hierherbrachte?“

„Im Gegentheil,“ rief Roland und dann war es ihm, als wandte er wie im Traume hinaus in die Nacht.

„Andromeda“ wurde das Zugstück des Devitty-Theaters. Barrington sah sich genöthigt, sämtliche Freiplätze aufzugeben und auf viele Wochen hinaus waren die Sitze vergriffen. Follys Bild erschien in verschiedenen illustrierten Zeitungen und die Läden der Regentstraße, des Strand und der Cheapside füllten ihre Schaufenster mit großen und kleinen Photographien der jungen Tänzerin. Scharen von Bewunderern ließen sich dem jungen Mädchen täglich vorstellen; ein berühmter Maler erbat sich von ihr die Vergünstigung, sie für die nächste Kunstausstellung porträiren zu dürfen. In seinem Atelier geschah es, daß Roland Aveling ihr vorgestellt wurde.

Roland hatte auch diese Vergünstigung Garnier zu danken. Dieser machte ihm eines Tages wie beiläufig den Vorschlag, ihn in die Ateliers einiger ihm befreundeten Maler zu begleiten und Roland, der inzwischen von

demokraten sich mit Entschiedenheit dagegen aussprachen. — In Folge der Zustimmung der Freisinnigen Vereinigung wurde, schreibt die „V.-Ztg.“, die Frage aufgeworfen, ob man nicht doch noch die Frage der Entscheidung des Plenums anheimgeben wolle. Darüber kam man inbessenen noch zu keinem Entschluß. — Hat denn der Seniorenkonven gar nichts Nützlicheres zu thun?

Die Ehrung eines Theiles des Reichstages für den Fürsten Bismarck zu dessen 80. Geburtstag scheint in der Weise stattfinden zu wollen, daß man am 1. April unter Vorsitz des Herrn v. Levetzow die Mitglieder des Reichstags, die dem Fürsten ihre Huldigung darzubringen wünschen, zu einem Festmahl in der Wandelhalle des Reichstags sich vereinen läßt. — Dagegen hat kein Mensch etwas. Wenn es den Herren nur schmeckt. — Der Präsident beabsichtigt, dem Seniorenkonven vorzuschlagen, ihn mit der Abendung eines Glückwunsches zum 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck zu beauftragen.

Mit der Branntweinsteuernovelle ist die „Kreuztg.“ noch nicht zufrieden gestellt. Die neue Ausführungsvergütung von 6 Mk. für das Hektoliter sei noch nicht genügend; es müßten 10 oder 12 Mk. für jedes exportirte Hektoliter Spiritus vergütet werden. — Da gegenwärtig schon bei der Maischraumsteuer eine Ausfuhrvergütung von 3—6 Mk. gezahlt wird, so würde nach der Forderung der Agrarier die Ausfuhrvergütung so ziemlich den Produktionskosten für Spiritus gleichkommen (1894 wurde in Hamburg inklusive Faß 19 Mk. gezahlt). Dann brauchte man sich nicht erst die Mühe zu geben, den Spiritus auszuführen, sondern könnte ihn einfach ins Meer laufen lassen. — Außerdem verlangt die „Kreuztg.“ Abschaffung der Maischraumsteuer und Inkrassierung der neuen Novelle schon mit dem 1. Juli. Die „Kreuzzeitung“ ruft den Staatsrath an, sich für solche Liebesgaben an die Brenner zu verwenden noch über die Branntweinsteuernovelle hinaus. — Reiche dem Teufel den kleinen Finger und er nimmt die ganze Hand. Die Agrarier machen es auch so.

Konfiszirt wurde der „Vorwärts“. Anstoß hatte bei der hohen Staatsanwaltschaft der Leitartikel der Mittwoch-Nummer, „Der Militarismus“, erregt, und auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuchs wurden in der Expedition ca. 500 Exemplare des „Vorwärts“ konfiszirt! — Man sieht, es geht ohne Umsturzesgesetz sehr gut.

Die Germanisirung der polnischen Landestheile war eines jener Projekte, für die Bismarck in den letzten Zeiten seiner Allmacht Alles einsetzte und weder Ungerechtigkeiten noch Geld sparte. Auf erstere kam es ihm ja überhaupt nicht an und das Geld floß nicht aus seiner Tasche, sondern aus der der Steuerzahler. Um die „Germanisirung“ zu fördern, wurde denn auch eine Ansiedelungs-Kommission niedergesetzt und mit großen Geldmitteln ausgerüstet. Polnischen Großgrundbesitzern sollen ihre Güter abgekauft und in kleinen Stücken an deutsche Bauern abgetreten werden. Man ta n nicht sagen, daß diese Art der „Germanisirung“ sich als sehr erfolgreich erwiesen hätte; wohl aber gab das eigenthümliche Verfahren der Ansiedelungs-Kommission der unabhängigen Presse Anlaß zu ernster Kritik. Wir glauben, daß auch die neueste Handlung der Kommission nicht ganz unbefrohen vorübergehen wird. Sie hat nämlich dem deutschen Bestirger Wendland das Rittergut Wonsin, Kreis Strassburg, für 400 000 Mark abgekauft, was Herrn Wendland zweifellos nicht unlieb sein wird, desto mehr aber den Steuerzahlern. Oder ist das vielleicht die richtige Art des „Germanisirens“?

Gesellschaftsleben Londons mehr Geschmack abgewonnen, wir sofort dazu bereit gewesen.

„Wir werden zuerst zu Stipple fahren,“ sagte Garnier; „er ist ein alter Bekannter und man sieht in seinem Atelier immer besonders schöne Bilder — er hat ziemlich rasch Karriere gemacht, ohne deshalb seine vom Glück weniger begünstigten Freunde zu vergessen.“

Der Diener des Malers führte beide Herren in den Empfangsjalon und trug ihre Karten ins Atelier. Gleich darauf erschien der Künstler selbst im Sammetrock, mit Pinsel und Palette in der Hand, und sagte lebhaft:

„Eigentlich wollte ich heute Niemandem empfangen, aber ein alter Freund verdient schon, daß man eine Ausnahme macht.“ Garnier stellte Roland vor und dann fuhr Stipple fort:

„Sie müssen nämlich wissen, daß ich einen seltenen Fang gethan habe — die neue Schönheit vom Leivithy-Theater, Folly, ist mir heute zum zweiten Mal!“

„Da darf man gratuliren,“ rief Garnier, während Roland bedauernd meinte: „Da kommen wir gewiß recht sührend?“

„Behüte — Folly ist gar nicht schein. Als der Diener mir die Karten brachte, sagte sie sofort: Bringen Sie doch die Herren ins Atelier — das giebt Unterhaltung!“

„Ah, das nenne ich Glück haben,“ sprach Garnier, und dann folgten beide Herren dem Künstler in sein Atelier. Roland hatte keinen Blick für die ebenso reiche als geschmackvolle Ausstattung des Raumes; er sah nur Folly und all' die tausenderlei Dinge, welche in ihrer bunten Zusammenstellung das Innere eines Ateliers bilden, schienen ihrer wunderbaren Schönheit zur Follie zu dienen. Das junge Mädchen trug das „Folly-

Deutschen ihre Güter zu hilschen runden Preisen abzunehmen? An und für sich schon ist der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung das „Germanisiren auf dem Verwaltungswege“ durchaus nicht sympathisch. Man kann gar nicht einsehen, warum die Polen nicht das Recht haben sollen, nach Belieben ihre Sprache zu sprechen und nach ihren Sitten zu leben.

Lübeck und Umgegend.

18. März

Ein zweiter Nachtrag zum Pferde-Aushebungs-Reglement vom 24. November 1886 veröffentlicht der Senat im Amtsblatt.

Vom Schafredder. Man schreibt uns von Wilhelmshöhe: Wer sich überzeugen will, daß auch bei uns die Kulturaufgaben nicht leiden, dem empfehlen wir, einen Spaziergang nach Borwerk (Wilhelmshöhe) zu machen. Dort befindet sich als einziger Verbindungsweg zwischen den Sägemühlen Briggmann u. Sohn, Havemann u. Sohn und dem Holzplatz von Gohmann u. Jürgens einerseits, der Einsegeiführer andererseits der jugenante Schafredder. Ohne Uebertreibung können wir wohl sagen, daß außer der Chaussee kein Weg in der Gemeinde so viel benutzt wird als der erwähnte Schafredder. Dem entsprechend müßte man nun glauben, daß die Gemeinde es als eine ihrer Aufgaben betrachte, den Weg nach Möglichkeit im passibaren Zustande zu erhalten. Doch weit gefehlt! Unsere Gemeindebehörde benützt den Weg nicht und die Arbeiter der oben erwähnten Sägemühlen und Holzplätze, ebenso die zahlreichen Frauen, welche Spähne als Feuerung holen, müßen sehen, wie sie durchkommen. Gegenwärtig liegt auf der Nordseite der Schneee noch meterhoch, auf der Südseite ist er festgetreten und etwas niedriger; doch immerhin hoch genug, um dem Fuhrer den Durchgang zu versperren. Als Schreiber dieses Dienstag den 12. März den Weg passirte, sah der Bierwagen von Hassenpflug bis an die Achsen im Schnee und war noch lange nicht auf festen Boden. Ein Glück für den Fuhrmann war es, daß ein Schlagbaum gleich links auf die Koppel führte; der Wagen brauchte nur eine kleine Strecke ausgegraben zu werden, um auf die Koppel zu kommen. Weniger Glück hatte der Führer eines Coatswagens, welcher vor ungefähr drei Wochen seinen Coats über die Koppel tragen mußte. Da nun besagter Schafredder lehmigen Untergrund und außerdem ein Paar Quellen hat, ist voraus zu sehen, daß beim Schmelzen dieser Schneemassen der Schafredder grundlos wird. Wir machen daher den Vorschlag, bei eintretendem Tauwetter auf jeder Seite des Weges ein oder zwei Dugend Paar langschäftige Stiefel zum allgemeinen Gebrauch auf Gemeindefkosten aufzustellen, da es ohne solche wohl nicht möglich sein wird, den Weg zu passiren.

Gewerbegericht. Sitzung vom 15. März. Vorsitzender: Senator Dr. Klug. Beisitzende: Arbeitgeber Heyl; Arbeitnehmer Nehlsen. — Der Seilergeselle L. hat bei dem Seilermeister Sch. seit dem 23. Juli v. J. gegen einen Lohn von 4 Mark pro Woche und freie Kost und Logis in Arbeit gestanden. Bei der am 9. dieses Monats erfolgten Lösung des Arbeitsverhältnisses schuldete der Meister dem L. noch eine Lohnsumme von 37,50 Mark. Der Geselle klagt auf Zahlung dieses rückständigen Lohnes. Sch. erkennt die Forderung an, macht jedoch geltend, daß von diesem Lohn noch das Krankengeld und die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung im Betrage von 22,78 Mark abzuziehen seien. Hiergegen beweist L. durch Aufzeichnungen, welche er sich gemacht hat, daß seine Forderung 48,95 Mark beträgt, hiervon hat er aber die von ihm zu zahlende Hälfte der Ver-

gewand“ mit den silbernen Glöckchen, in welchem sie zum allerersten Mal aufgetreten war; nachlässig hingeworfen, ruhte sie auf einem hochlehnigen, mit gepreßtem Leder überzogenen Sessel, welcher auf einer Estrade stand und die dunkle Sammetdraperie im Hintergrund ließ die reizende Gestalt sich plastisch abheben. Stipple stellte die Herren vor; Folly nickte anmuthig und sagte dann:

„Sie müssen bitte entschuldigen — ich darf nicht aufstehen!“

Stipple griff wieder zum Pinsel und während Garnier die Arbeit verfolgte und sogar hier und da kritisirte, sah Roland regungslos in einiger Entfernung und ließ seine Blicke auf Folly ruhen.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das 24. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zu viel und zu wenig. — Der Umsturz des Strafrechts. Juristische Glossen zur Umsturzvorlage. Von Advocatus. — Ein Kapitel aus einer Philosophie für Arbeiter. Von Leopold Jacoby. — Marx und Engels, das Anarchistenpaar. — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Die Definition der proletarischen Intelligenz. Von Heinz Starckenburg. Die deutsche Handelspolitik und Argentinien. Von German von Lallemand. Einige Lehren aus der letzten Volkszählung der Vereinigten Staaten. Von M. Beer. — Feuilleton: Der Großinquisitor. Von F. M. Dostojewski. (Schluß.)

„Der Sozialdemokrat“, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuth-Strasse 2).

Die Nr. 11 vom 14. März hat folgenden Inhalt: Märzgedanken. — Wochenschau. — Die amerikanische Volkspartei und die Sozialisten. — Das Programm des bayerischen Bauernbundes. — Wie steht's um die deutsche Bedientenmater. — Litterarisches. — Aus dem Reichstag. — Iskrautereien. — Zwei Großbetriebe. — Die Wahlen zum Londoner Craftschafsrath. — Gewerblich-schaftliches.

sicherungsbeiträge im Betrage von 11,39 Mark bereits abgezogen, es bleibe dann die von ihm eingeklagte Forderung nach. Da sich der Meister weder über die Lohnzahlungen, noch über die dem Gesellen schulenden Lohnsummen Aufzeichnungen gemacht hat, verurtheilt ihn das Gericht zur Zahlung der 37,56 Mark und der Kosten im Betrage von 2 Mark. — Eine Klage des Stellners D. gegen den Geschäftsführer M. der W. W. wird behufs Beugensladung ausgesetzt.

Grundstücksverkauf. Durch Vermittelung des Maklers Johs. Fischborn wurde das Grundstück Devenau Nr. 11 von Herrn W. C. F. Schöb an Herrn F. J. F. Biel verkauft.

Vortrags-Abend. Der hier in weiten Kreisen als tüchtiger Recitator bekannte Herr Emil W. W. wird auch in diesem Jahre im Wilhelm-Theater und zwar am Donnerstag den 4. April, Abends 8 Uhr, einen Vortrags-Abend veranstalten. Das Programm hierzu verspricht ein äußerst interessantes zu werden, da, wie wir hören, verschiedene Solisten unserer Oper, mit gütiger Bewilligung des Herrn Direktor Erdmann-Besniger, ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt haben. — Herr W. W., welcher wegen eines schweren Augenleidens sich leider nicht ganz dem Theater widmen kann, hat im Laufe des Winters in den Rollen als Karl Moor, Gustav Adolf, Lesebore, Proben seines hervorragenden schauspielerischen Talentes gegeben. Derselbe wird am 4. April die große Scene des 3. Aktes aus Schillers „Don Carlos“ (König Philipp und Marquis Posa) recitiren und außerdem noch einige Balladen und Gedichte zum Vortrag bringen. — Ein Unterschriftsbogen zur Theilnahme an diesen Abend wird am 20. d. Mts. durch den Lohndiener Franck in Umlauf gesetzt. Auch wird ein Vorverkauf zu ermäßigten Preisen in der Musikalienhandlung von F. W. Raibel eingerichtet. Wir wünschen dem Unternehmen den besten Erfolg.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde hält Montag Abend die rühmlichst bekannte Frau Clara Muche einen Vortrag über: Die Behandlung des Magens in gesunden und kranken Tagen. Der Vortrag ist öffentlich und wird im „Bürgerverein“ gehalten. Alles Nähere siehe Inserat.

Ein Zahnärztlicher Verein hat sich hier gebildet. Er bezweckt außer der Ausübung wissenschaftlicher Zahnheilkunde die Wahrung der Standesinteressen und gegenseitige Vertretung in Behinderungsfällen.

Die Professorenversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lederbranche findet erst am **Dienstag**, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Neumann statt.

Achtung! Der Schlosser Fritz Nielsen aus Kopenhagen, zuletzt in Grünenthal, Nord-Östsee-Kanal, dessen jetziger Aufenthalt unbekannt ist, wird dringend gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen, da er in einer Angelegenheit zeugen soll.

Chr. Seydel, Grünenthal, Nord-Östsee-Kanal.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Wandsbek. Aus dem Gegenwartsstaate. Die Frau eines hiesigen Arbeiters bekam vor einiger Zeit von der Polizeibehörde ein Strafmandat in Höhe von 3 Mk. deshalb zugeschiedt, weil sie es unterlassen haben sollte, ihren 14jährigen Jungen zur Schule zu schicken. Der Junge hat in einem Monat nicht weniger als 21 Mal in der Schule gefehlt. Gegen diese Strafverfügung beantragte die Frau gerichtliche Entscheidung. In der letzten Schöffengerichtssitzung wurde in dieser Angelegenheit verhandelt. Die Frau führte aus, daß es ihr nicht möglich sei, auf den Jungen Obacht zu geben, denn sie müsse bereits Morgens um 6 Uhr zur Arbeit gehen. Den Jungen (derselbe ist wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft und verbüßt zur Zeit eine Gefängnißstrafe von 6 Monaten) habe sie stets angehalten, zur Schule zu gehen; wenn er dies nicht gethan habe, so sei es nicht ihre Schuld. Das Gericht mißt den Angaben der Frau Glauben bei und spricht sie kostenlos frei. — Nach den Eugen Richter'schen „Zukunftstaatsbildern“ strampelt sich im „Zukunftstaate“ die kleine süße Annie bloß, weil nicht die sorgende Hand der liebenden Mutter am Bette des Kindes walten kann, was zur Folge hat, daß das Kind stirbt. — Im Gegenwartsstaate ist es, wie vorstehender Fall beweist, vielen Müttern nicht möglich, die Erziehung der Kinder selbst auszuüben, was die Verwahrlosung vieler Kinder zur Folge hat.

Altona. „Segg'n Se mal, Herr Richter, wo um hebb'n Se mi bestellt? Watt wöll'n Se eegentlich von mi?“ so führte sich im Schöffengericht ein Arbeiter ein, der sich wegen eines geringfügigen Vergehens verantworten sollte. Richter: „Benehmen Sie sich hier anständig und schweigen Sie so lange, bis Sie gefragt werden.“ Angeklagter: „Se hebb'n mi ja noch gar nich fragt und da bruk ic' of nich to swigen.“ Richter: „Bei Ihrem ungebührlichen Benehmen ist mit Ihnen nicht zu verhandeln.“ Flugs trat das Gericht in Berathung und schickte den Angeklagten wegen Ungebühr vor Gericht auf drei Tage in Arrest. Nach Verbüßung der Strafe soll weiter mit ihm verhandelt werden. Als der Angeklagte fortgebracht wurde, dröchte er sich nochmals um und meinte, zum Gerichtshof gewendet: „Hebb'n Se mi wieder garnig to segg'n?“

Moskau. In einer mecklenburgischen Zeitung macht Herr v. Buchta, der schneidige Konservative, bekannt, daß er in der Umsturzkommision den ihm in verschiedenen Blättern zugeschobenen Ausdruck von „der sogenannten Wissenschaft“ nicht gebraucht habe. — Die Neue kommt ein wenig spät.